

STANDPUNKT

Wie Europa auf den Inflation Reduction Act reagieren sollte

Von Monika Schnitzer und Camille Landais

Der vor einem Jahr in den Vereinigten Staaten verabschiedete Inflation Reduction Act (IRA) hat in Europa große Besorgnis ausgelöst. Dieses ambitionierte Förderprogramm, das die Entwicklung klimaneutraler Industrien begünstigen soll, ist zwar aus klimapolitischer Sicht zu begrüßen. Gleichzeitig enthält es aber protektionistische Elemente, die nachteilig für die europäischen Volkswirtschaften sind. Beispielsweise enthalten einige Förderprogramme des IRA „Buy-American“-Bedingungen, die US-amerikanische Produkte bevorzugen und den Grundsätzen der Welthandelsorganisation (WTO) widersprechen.

In Europa wird in Politik und Wirtschaft teils die Sorge geäußert, dass europäische Unternehmen ihren Standort in die Vereinigten Staaten verlagern könnten, wenn Europa nicht mit eigenen Subventionen reagiert. Allerdings könnte gerade diese Reaktion zu einem Subventionswettlauf zwischen Europa und den USA sowie innerhalb Europas führen, was die Dekarbonisierung verteuern würde. Vielmehr wäre eine gemeinsam – zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – abgestimmte Transformationsstrategie in Europa zielführend, die den Ausbau erneuerbarer Energien und der europäischen Energieinfrastruktur beschleunigt. Dabei könnten Deutschland und Frankreich mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie sich in

ihren jeweiligen Transformationsstrategien unterstützen und sowohl Kernkraftwerke als auch wasserstofffähige Gaskraftwerke als Übergangstechnologien anerkennen.

Auf makroökonomischer Ebene sind die Befürchtungen vor deutlichen negativen Auswirkungen des IRA auf Europa unserer Einschätzung nach unbegründet. Das Gesamtvolumen des IRA wird für den Zeitraum 2023 bis 2031 auf 390 bis 900 Milliarden Dollar geschätzt. Dies ist vergleichbar mit dem Gesamtvolumen der verschiedenen EU-Programme, die schon initiiert wurden, um die Klimaziele zu erreichen und die grüne Transformation zu erleichtern. Da die Ausgaben des IRA zudem gegenfinanziert werden müssen, dürften die Subventionen im Rahmen des IRA sowohl in den USA als auch in der EU nur geringe makroökonomische Auswirkungen haben. Daher sind breit angelegte EU-Subventionen nicht zielführend. Vielmehr sollte ein Subventionswettlauf sowohl mit den USA als auch innerhalb der EU vermieden werden.

Zwar könnten bestimmte Branchen durch den IRA einen größeren Anreiz haben, in den USA statt in der EU zu investieren. Unsere Analysen auf sektoraler Ebene zeigen aber, dass diese Effekte sektoral stark begrenzt sind. Dies gilt vor allem für die Automobilindustrie: So dürfte die Ausweitung der Produktion

von Elektroautos in den USA nicht zu einer massiven Verlagerung der Nachfrage oder der Produktion aus Europa führen. Denn Europa wird auch im Jahr 2030 noch ein größerer Absatzmarkt für Elektroautos sein als die USA. Gerade in der Automobilindustrie gibt es aufgrund des erschwerten Transports von Batteriefahrzeugen und Zöllen einen starken Anreiz, Fahrzeuge vor Ort zu produzieren.

Es gilt, einen Wettlauf um Subventionen zu vermeiden – auch innerhalb der EU.

Der IRA wirkt vor allem über Produktions- und Investitionssubventionen, die im Steuersystem verankert und von denen viele nicht gedeckelt sind. Dieser Ansatz alleine dürfte aber nicht ausreichen, um die Herausforderungen der Dekarbonisierung effizient zu bewältigen. Der europäische Politikansatz, der sowohl auf CO₂-Preise als auch auf gezielte Förderprogramme setzt, ist deutlich kosteneffizienter.

Gleichzeitig kann Europa aber von der einfachen Ausgestaltung und der schnellen Umsetzbarkeit des IRA-Programms lernen. Es sollte daher Priorität sein, die

europäischen Prozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Sektorale Unterstützung sollte sich auf Sektoren konzentrieren, in denen die EU-Mitgliedstaaten entweder derzeit komparative Vorteile haben oder voraussichtlich entwickeln werden, da dies zu erheblichen ökologischen und technologischen externen Effekten führen dürfte.

Insgesamt ist zu erwarten, dass die beträchtlichen Energiepreisunterschiede zwischen der EU und den USA deutlich größere Auswirkungen haben dürften als der IRA selbst. Die hohen Energiepreise in Europa beeinträchtigen die Attraktivität Europas als Investitionsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrien. Deshalb sind koordinierte Anstrengungen zur Senkung der Energiepreise in Europa unerlässlich. Außerdem ist es wichtig, den Einsatz erneuerbarer Energiequellen zu beschleunigen, um die Energieversorgung zu stärken.

Bei der konventionellen Energieerzeugung verfolgen Deutschland und Frankreich unterschiedliche Transformationsstrategien. Daher plädieren wir für eine gegenseitige Unterstützung, insbesondere dafür, Kernkraftwerke und wasserstofffähige Gaskraftwerke als Übergangstechnologien auf dem Weg zur Klimaneutralität in der EU-Taxonomie auszuweisen. Darüber hinaus können beide Länder von einer intensiveren

Zusammenarbeit beim Ausbau der europäischen Strom- und Wasserstoffinfrastruktur profitieren. Die Reform der europäischen Strommärkte sollte ebenfalls ein zentrales Element jeder europäischen grünen Industriepolitik sein, wobei der Großhandelsmarkt das wichtigste Koordinierungsinstrument für die Gewährleistung einer sicheren, dekarbonisierten und erschwinglichen Stromversorgung auf europäischer Ebene ist.

Um die Voraussetzungen für die Dekarbonisierung in Europa zu verbessern, empfehlen wir zudem, die Rohstoffversorgung durch eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Rahmen von Handelsabkommen zu sichern und vorrangig Anreize für den Aufbau nationaler Bergbau- und Verarbeitungskapazitäten zu schaffen. Darüber hinaus sollte Europa mit den USA bei Regeln für Umweltschutz-Subventionen zusammenarbeiten. Dies sollte in einem Rahmen geschehen, in den eine Reihe weiterer Partner eingebunden werden könnten, beispielsweise bei Grenzausgleichsabkommen zu CO₂- oder Methanemissionen.

Monika Schnitzer ist Vorsitzende des Sachverständigenrates Wirtschaft.

Camille Landais ist Vorsitzender des Conseil d'analyse économique. Beide sind Ko-Vorsitzende des Deutsch-Französischen Rates der Wirtschaftsexperten.